

BEDROHUNG FÜR DAS KLIMA

Wachstum bedeutet Selbstzerstörung

Aller Effizienztechnik zum Trotz: Wird die Wirtschaft des "immer mehr" nicht infrage gestellt, kommt es zur Klimakatastrophe

von Michael Müller; Hubert Weiger | 07. Januar 2010 - 07:00 Uhr

© Peter Parks/AFP/Getty Images



Überfüllte Straßen in der chinesischen Stadt Huozhou. Wie andere große Nationen auch setzt Chinas Wirtschaft konsequent auf Wachstum - und gefährdet dadurch das globale Ökosystem

Wahnsinn war für Albert Einstein die Dummheit, immer das Gleiche zu tun, aber andere Ergebnisse zu erwarten. Das gilt auch für den Glaubenssatz »Wachstum, Wachstum über alles«. Ost und West, Nord und Süd sind sich einig wie feindliche Zwillinge, dass dies der Garant für Wohlstand und Beschäftigung ist. Sinkt das Wachstum, verfallen ganze Nationen in kollektive Depression.

In der totalen Fixierung auf Wachstum liegt der tiefere Grund für das desaströse Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz. Die dahinter stehende Denkweise brachte 2002 der damalige US-Präsident George W. Bush bei seinem Nein zum Kyoto-Protokoll auf den Punkt: »Unsere Ablehnung beruht auf dem gesunden Menschenverstand, der uns sagt, dass dauerhaftes Wachstum der Schlüssel zum Fortschritt in Umweltfragen ist.« Die Industriestaaten und die Schwellenländer sind derart auf Wachstum fixiert, dass sie Verpflichtungen zur Reduktion des Kohlendioxidausstoßes als Bedrohung für ihre Wirtschaft und für ihre Rolle in der Welt empfinden. Es wird immer schwieriger, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Die ersten Opfer der Tatenlosigkeit werden die armen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika sein.

Studien von William Clark belegen, dass in den vergangenen 40 Jahren die Natur weit stärker geschädigt wurde als in den 500 Jahren zuvor. In der Prognose der Internationalen Energieagentur steigt der Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 um weitere 60 Prozent an,

überwiegend aus fossilen Quellen. Allein in den vergangenen acht Jahren erhöhte sich die Konzentration des klimaschädlichen Kohlendioxids um 30 Prozent.

Um das knapper werdende Öl wird seit mehr als 20 Jahren Krieg geführt. Viele Konflikte in Afrika sind nur vor dem Hintergrund des ökologischen Kolonialismus zu verstehen, mit dem sich China, die USA, Russland oder auch EU-Staaten den Zugriff auf Rohstoffe sichern wollen. Seit 1992 gehört das zum Aufgabenkatalog der Nato.

Die Quantität des Wachstums schlägt in eine neue Dimension der Naturzerstörung um. Zwischen 1980 und 2001 verdoppelte sich die globale Wirtschaftsleistung. Trotz einer deutlichen Effizienzsteigerung wurden im gleichen Zeitraum 70 Prozent der globalen Ökosysteme schwer geschädigt. Im Krisenjahr 2008 wuchs die Weltwirtschaft »nur« um drei Prozent. Der Versuch, durch Effizienztechnik den Energie- und Rohstoffverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln, reicht nicht aus, um die ökologische Selbsterstörung unserer Zivilisation zu verhindern.

Egal – für den russischen Regierungschef Wladimir Putin bleibt »ohne Wachstum alles nichts«. Chinas Premier Wen Jiabao lehnt die westliche Demokratie ab, weil sie ein Wachstum von acht Prozent gar nicht erreichen könne. Ohne ein gewaltiges Wachstum fürchtet US-Präsident Barack Obama eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise von 1929. Angela Merkel, die sich als Klimakanzlerin feiern lässt, ficht ein »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« durch, das nicht einmal 15 Prozent für den Klima- und Umweltschutz bereitstellt.

Sie alle rasen auf den Abgrund zu, obwohl die Endlichkeit der Rohstoffvorkommen und die Belastungsgrenzen der Natur seit Jahrzehnten bekannt sind. Im Prager Frühling von 1968 forderte die Nationale Akademie der Wissenschaft den Umstieg vom extensiven auf ein intensives Wachstum. 1972 veröffentlichte der Club of Rome die Meadows-Studie über die Grenzen des Wachstums. 1987 verlangte der Brundtland-Bericht den Wechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung. Im selben Jahr warnten die Deutsche Physikalische und die Meteorologische Gesellschaft vor einer globalen Erwärmung um drei Grad Celsius bis zum Ende dieses Jahrhunderts.

Ohne grundlegende Wirtschaftsreformen wird sich nichts ändern. Die Klimakrise wie die Finanzkrise sind zwei Seiten des Wirtschaftskriegs mit der Zukunft, getrieben von der Finanzgier des Kapitalmarkts und der Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieser Krieg kann nicht mit denselben Methoden beendet werden, mit denen er immer noch geführt wird. Vielmehr müssen wir die Ursachen, Triebkräfte und Interessen dahinter verstehen. Dann erst ändert sich etwas.

Jetzt sind die Umwelt- und Naturschutzverbände gefordert, eine breite Debatte über Wachstum zu beginnen, damit die Leitidee der Nachhaltigkeit nicht länger für alles und nichts missbraucht werden kann. Es geht um Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit.

Ohne eine im wahren Sinne des Wortes nachhaltige Kultur, die Genügsamkeit und Selbstbeschränkung kennt, sind diese Werte nicht zu verteidigen oder zu erreichen.

In vielen Bereichen geht es ums Schrumpfen: Stagnation im jetzigen Energiesystem würde Klimawandel und Ressourcenabbau zwar verlangsamen, aber nicht beenden. Viele Produkte müssen langlebiger und naturschonender werden in einer neuen Art von Kreislaufwirtschaft.

Erst die Wachstumsdebatte setzt die in Kopenhagen verdrängten Fragen auf die Tagesordnung. Dafür sind auch neue Maßstäbe zur Bewertung von Lebensqualität und Wohlbefinden notwendig, wie sie die Glücksforschung vorgeschlagen hat.

John Maynard Keynes hat in seinen Langfristbetrachtungen ein mögliches Eldorado beschrieben. Für ihn ist eine »Stagnationswirtschaft« die Chance auf eine »gute Gesellschaft«. Keynes forderte ein dauerhaftes Rohstoff- und Energieregime, das 1949 auch in die Havanna-Charta der UN aufgenommen wurde. Doch diese Ideen müssen gegen starke wirtschaftliche Interessen und überholte Denkweisen durchgesetzt werden.

COPYRIGHT DIE ZEIT, 07.01.2010 Nr. 02
ADRESSE <http://www.zeit.de/2010/02/Forum-Wachstum>